

Landtagswahl am 7. Mai 2017

Wahlprüfsteine

Anmerkung: Die Anordnung der Parteien erfolgt in alphabetischer Reihenfolge.

						
<p>Welchen Stellenwert haben die freie Berufsausübung und die Selbstverwaltung im deutschen Gesundheitswesen für Sie?</p>	<p>Die freie Berufsausübung gehört für uns GRÜNE zu den schützenswerten Bürgerrechten. Das gilt für ZahnärztInnen und ÄrztInnen ebenso wie für JournalistInnen, RechtsanwältInnen oder das Handwerk. Das Prinzip der Selbstverwaltung gehört für uns dazu und hat sich bewährt.</p>	<p>Für die CDU Schleswig-Holstein hat die freie Berufsausübung und die Selbstverwaltung im Gesundheitswesen einen hohen Stellenwert. Die Selbstverwaltung hat sich in den vergangenen Jahrzehnten als Instrument bewährt und wird regelmäßig, zuletzt mit dem GKV-Selbstverwaltungsstärkungsgesetz, den aktuellen Herausforderungen angepasst.</p>	<p>Freiberuflichkeit und freie Berufsausübung sind das Rückgrat der medizinischen Versorgung, deren Aushöhlung gestoppt werden muss. Die Freiberuflichkeit der Heilberufe muss gestärkt werden. Die FDP lehnt daher auch den bisherigen Entwurf eines sogenannten GKV „Selbstverwaltungsstärkungsgesetz“ als ungerechtfertigten Eingriff in die medizinische Selbstverwaltung ab. Denn mit dem Gesetz erfolgt das genaue Gegenteil dessen, was die Gesetzesüberschrift suggeriert: Die Demontage der Selbstverwaltung und nicht deren behauptete Stärkung. Daran ändern auch grundsätzlich einige bislang vorgenommene Nachbesserungen nur wenig. Die FDP steht klar für die Freiberuflichkeit und eine starke Selbstverwaltung der Heilberufe.</p>	<p>Die freie Berufsausübung ist, ebenso wie die Selbstverwaltung, ein hohes Gut, das sich über viele Jahre bewährt hat.</p>	<p>Die SPD steht für eine starke Selbstverwaltung. Sie ist eine der tragenden Säulen unseres Gesundheitssystems. Damit ist sie auch im Interesse der Menschen in unserem Land. Die Freiberuflichkeit der niedergelassenen Ärztinnen und Zahnärzte sowie Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten ist ein unverzichtbares Element für die flächendeckende ambulante Versorgung. Sie gewinnt ihre Bedeutung auch aus der Verantwortungsbereitschaft, die der freien Praxisarbeit zugrunde liegt.</p>	<p>Die freie Berufsausübung und die Selbstverwaltung im deutschen Gesundheitswesen haben für den SSW traditionell einen hohen Stellenwert. Insbesondere in Zeiten des demografischen Wandels und der sich stark verändernden Versorgungsansprüche. Denn auch die zahnärztliche Leistungserbringung erfordert eine immer engere Kooperation und Kommunikation mit den PatientInnen. Gerade hier und mit Blick auf zukünftige Herausforderungen zeigt sich: Die freie Berufsausübung und die weitgehend selbstständige Arbeit der Zahnärztekammer hat sich bewährt und bleibt der beste Weg für eine Versorgung von hoher Qualität.</p>
<p>Welche konkreten Maßnahmen für den Rückbau von Bürokratie, staatlichen Interventionen und Reglementierungen können Sie sich bei Übernahme der Regierungsverantwortung vorstellen, damit in den Zahnarztpraxen wieder mehr Zeit für Behandlung bleibt?</p>	<p>Sollten uns die WählerInnen in Schleswig-Holstein erneut die Chance geben, an der Landesregierung Schleswig-Holstein beteiligt zu werden, wird der Abbau unnötiger Verwaltung und Bürokratie ein wichtiges Thema sein. Die konkreten Abrechnungs- und Dokumentationsvorgaben für den zahnärztlichen Bereich werden allerdings nicht landesrechtlich bestimmt. Sie setzen sich aus bundesgesetzlichen Regelungen und Vorgaben der Selbstverwaltung zusammen. Wir werden uns sehr gern gemeinsam mit den ZahnärztInnen und ihren Interessenvertretungen dafür einsetzen, dass mehr Zeit für die Behandlung bleibt.</p>	<p>Die CDU Schleswig-Holstein setzt sich dafür ein, dass es zur Sicherheit der Patienten zwar ein Mindestmaß an Bürokratie geben muss, diese jedoch nicht derart ausartet, dass mehr Zeit am Schreibtisch als am Patienten selbst verbracht wird. Die im Pflegebereich erprobte Negativdokumentation sollte auch in anderen medizinischen Berufen Berücksichtigung finden. Auch setzen wir darauf, dass gesetzliche und untergesetzliche Regelungen im Bereich der Selbstverwaltung auf Bundesebene auf Vereinfachungsmöglichkeiten hin überprüft werden.</p>	<p>Auf Landesebene spricht sich die FDP dafür aus, die Zahnärztekammer stärker in Prüfverfahren zur Praxisverwaltung und Praxishygiene einzubinden, so können Verfahren gemeinsam verschlankt werden. Das schließt eine ggf. notwendige Überarbeitung der Hygieneverordnung ein. Auf Bundesebene gilt es zu prüfen, ob im Abrechnungsbereich grundsätzliche Vereinfachungen möglich sind. Auch muss aus unserer Sicht der seit 1988 nicht angepasste Punktwert der Gebührenordnung für Zahnärzte angehoben werden, um den Anforderungen, die sich aus dem Führen einer modernen Zahnarztpraxis ergeben, gerecht zu werden.</p>	<p>Wir PIRATEN stehen dafür, dass alle diese Dinge transparent gemacht werden müssen. Der Gesetzgeber muss Offenlegungen in wichtigen Bereichen erwirken. Mehr Zeit für individuelle Beratung und Betreuung und für die Prävention ist uns sehr wichtig. Ärzte sollen mit den „richtigen“ Dingen Geld verdienen, mit dem Dienst am Patienten.</p>	<p>Die fortschreitenden Kompetenzen in der Telemedizin und die digitale Weiterentwicklung bringen neue Möglichkeiten für die medizinische Versorgung. Beispielsweise führt das zu spürbaren Entlastungen bei Bürokratie. Im Rahmen der Arbeit des Ausschusses für Soziales und Gesundheit der Ostseeparlamentarierkonferenz hat sich gezeigt, dass die klassische Bürokratie immer fortschrittlicheren Konzeptionen der Nachweissicherung weicht. Das Headset am Kopf des Zahnarztes und andere Formen moderner, digitaler Nachweissicherung führen immer häufiger zu einem nachhaltigen Abbau überkommener Bürokratiotechnologien. Hier erwarten wir weitere Entlastungen für das medizinische und pflegerische Fachpersonal.</p> <p>Als SPD werden wir bei der Gestaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen darauf achten, den bürokratischen Aufwand so gering wie möglich zu halten. Allerdings braucht die Qualitätssicherung zum Wohle von Patientinnen und Patienten auch in Zukunft Qualitätsmessung, Berichterstattung und Nachweissicherung.</p>	<p>Uns ist durchaus bewusst, dass im gesamten Gesundheitssystem immer wieder eklatante Beispiele von Überregulierung und überbordender Bürokratie existieren. Spätestens wenn das Wohl der PatientInnen betroffen ist, ist für uns eine rote Linie überschritten. Daher haben wir uns beispielsweise mit Blick auf den Pflegebereich wiederholt für einen Abbau von Dokumentationspflichten eingesetzt. Es gehört jedoch zur Wahrheit dazu, dass die wirklich wichtigen Stellschrauben auf Bundesebene liegen. Hier können wir also eher indirekt Einfluss nehmen. Entsprechende Bunderatsinitiativen werden vom SSW selbstverständlich unterstützt.</p>

<p>Wie stehen Sie zum Erhalt des dualen Krankenversicherungssystems?</p>	<p>Wir GRÜNE setzen uns seit langem für eine Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege ein. Dabei sollen die gesetzliche und die private Kranken- und Pflegeversicherung schrittweise, unter Berücksichtigung verfassungsrechtlicher Erfordernisse und erworbener Besitzstände in ein gemeinsames Versicherungssystem überführt werden.</p>	<p>Die CDU Schleswig-Holstein bekennt sich klar zum dualen Krankenversicherungssystem. Auch in Zukunft soll unabhängig von Einkommen, Alter oder des gesundheitlichen Risikos eine gute, wohnortnahe medizinische Versorgung erhalten bleiben. Für uns gehört die freie Wahl des Arztes zum Kern unseres Gesundheitswesens. Eine Einheitsversicherung verstärkt unserer Ansicht nach nur die Zwei-Klassen-Medizin. Wer es sich leisten kann, wird sich über Zusatzverträge extra Behandlungsmöglichkeiten hinzukaufen. Zudem wird eine staatliche Bürgerversicherung dazu führen, dass Wettbewerb unattraktiv wird, Innovationen nicht mehr gefördert werden und eine Einschränkung des Leistungsangebotes erfolgt.</p>	<p>Die FDP steht ohne Wenn und Aber zum dualen Krankenversicherungssystem. Wir lehnen eine einheitliche „Volkskasse“ ab, die nur zu einer Verschlechterung der Versorgung für alle führt. Wir brauchen stattdessen die Beitragsautonomie für die Gesetzliche Krankenversicherung und die Abschaffung des Gesundheitsfonds.</p>	<p>Wir wollen, dass Schleswig-Holstein sich im Bund für eine bedarfsgerechte Bürgerversicherung stark macht.</p>	<p>Die SPD Schleswig-Holstein setzt sich für eine solidarische Bürgerversicherung ein. Wir wollen damit ein starkes gemeinsames System für alle Menschen in Deutschland schaffen. Der Weg dahin ist nicht einfach und muss langfristig beschrritten werden. Als SPD achten wir dabei auf eine leistungsgerechte und faire Honorarsicherung für die medizinischen Freiberufler. Unabhängig von einer verbindlichen Bürgerversicherung sind Privatversicherungen in diesem System denkbar und als Zusatzversicherung sicher auch in Zukunft eine mögliche und geeignete Ergänzung. Auch heute schon machen davon viele gesetzlich Versicherte Gebrauch.</p>	<p>Das Gesundheitswesen steht bekanntlich seit langem vor erheblichen finanziellen Problemen. Deshalb muss die finanzielle Basis der Sozialkassen verbreitert werden. Es ist und bleibt unsolidarisch, wenn sich gewisse Gruppen zunehmend aus dem System verabschieden und parallele Versorgungsstrukturen aufbauen. Natürlich muss die Möglichkeit, sich zusätzlich privat abzusichern, bestehen bleiben. Aber wir wollen endlich alle Erwerbstätigen bei der Finanzierung der Sozialsysteme in die Pflicht nehmen. Und auf lange Sicht ist für uns klar, dass wir zu einem wirklich steuerfinanzierten System kommen müssen.</p>
<p>Wie wollen Sie Patienten-souveränität als zentralem Wert des Gesundheitssystems stärken?</p>	<p>Patient/innen haben einen eigenen Blick auf ihre Erkrankung und deren Behandlung. Auch als Versicherte der Krankenkassen haben sie spezifische Interessen. Es ist auch auf Grüne Initiative zurück zu führen, das im Gemeinsamen Bundesausschuss (GBA) und im Landesgremium nach § 90a SGB V PatientenvertreterInnen beteiligt werden. Wir würden uns wünschen, dass diese zukünftig auch ein Stimmrecht erhalten, um gleichberechtigt an Entscheidungen mitwirken zu können.</p>	<p>Grundsätzlich sollte das Gesundheitssystem so aufgebaut und ausgestaltet sein, dass es Patienten möglich ist, über qualitätsgeprüfte, transparente und verständliche Informationsquellen medizinische Informationen zur ärztlichen Versorgung einzuholen. Dies kann unserer Meinung nach z. B. internetbasiert für einen Großteil der Bevölkerung erreicht werden. Dabei ist - soweit wie möglich - auf objektive Kriterien zu achten. Aber auch in der Praxis selbst kann durch verstärkte Aufklärung von Patienten hinsichtlich möglicher Alternativbehandlungen oder Arzneimittelverarbeitung die Patientensouveränität gestärkt werden.</p>	<p>Im Mittelpunkt der gesundheitlichen Versorgung steht für die FDP immer der Patient. Leitbild unsererer Gesundheits- und Pflegepolitik ist der informierte Bürger, der souveräne Patient. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, brauchen wir den Erhalt der freien Arzt- und Krankenhauswahl. Dazu gehört weiterhin die transparente Patientenberatung. Ebenso diskutieren wir gerade die generelle Abschaffung der Budgetierung und die konsequente Einführung einer sozialverträglich ausgestalteten Selbstbeteiligung – Härtefall- und Überforderungsklausel.</p>	<p>Der Mensch ist im Gesundheitssystem so weit wie möglich selbstbestimmt. Seine Würde und Autonomie sind zu respektieren. Im Rahmen seiner Möglichkeiten entscheidet er über die Form, Intensität und Reichweite der Behandlung. Die Voraussetzung für eine selbstbestimmte Entscheidung ist die Transparenz des Leistungsangebotes und der Ergebnisqualität der Leistungserbringer.</p>	<p>Deutschland verfügt im internationalen Vergleich über ein leistungsfähiges und sehr gutes Gesundheitssystem. Im Behandlungsalltag erleben Patientinnen und Patienten jedoch auch, dass ihre Interessen und Bedürfnisse nicht genügend berücksichtigt werden. Das reicht von der unzureichenden Aufklärung zu Behandlungsmöglichkeiten bis zu fehlender Transparenz über die Behandlungsqualität. Durch das 2013 in Kraft getretene Patientenrechtegesetz sind die Rechte von Patientinnen und Patienten erstmals auf eine klare gesetzliche Grundlage im Bürgerlichen Gesetzbuch gestellt worden. Die SPD Schleswig-Holstein wird sich weiterhin für die Stärkung der Patientenrechte auf Landes- und Bundesebene einsetzen. Zu diesem Zweck werden wir die Arbeit des Patientenombudvereins, der Beschwerdestellen sowie der Bürgerbeauftragten unterstützen.</p>	<p>Wir setzen uns traditionell dafür ein, dass sämtliche Versorgungsleistungen vom Patienten bzw. der Patientin aus gedacht werden müssen. In Zeiten, in denen aber auch Gewinninteressen eine zunehmende Rolle spielen, ist es umso wichtiger, die PatientInnenvertretungen zu stärken. Wir setzen uns daher vor allem für die Stärkung von Schlichtungs- und Beschwerdestellen, für gute Rahmenbedingungen für die Arbeit des/der Patientenombudsmanns/-frau und für eine verbesserte Ausstattung der entsprechenden Selbsthilfegruppen ein.</p>

<p>Unterstützen Sie einen einheitlichen Qualifikationsstandard des zahnärztlichen Berufs auf europäischer Ebene und mit welchen Maßnahmen?</p>	<p>Eine Vereinheitlichung der Ausbildung und Qualifikationsstandards der zahnmedizinischen und pflegerischen Berufe auf europäischer Ebene befürworten wir GRÜNE. Eine Angleichung würde die Berufsankennung zwischen den Staaten erleichtern und für Patient/innen europaweit verlässlich hohe Behandlungsstandards sicherstellen.</p>	<p>Durch den Status der Freiberuflichkeit unterliegt die zahnärztliche Berufsausübung in Deutschland einer Selbstverwaltung durch die Landesvertretungen. Der Zahnarzt als Freiberufler gewährleistet einen hohen Stand der medizinischen Versorgung in unserem Gesundheitswesen. Damit dies möglich ist, benötigen Zahnärzte Rahmenbedingungen, die es ihnen ermöglichen, Diagnose- und Therapieentscheidungen nach seinem zahnärztlichen Fachwissen und zum Wohl der Patienten zu treffen. Wir setzen uns dafür ein, dass die dafür benötigte Planungssicherheit und unternehmerische Freiheit auch weiterhin gewährt wird.</p>	<p>Zur Bekämpfung des Ärztemangels ist die Etablierung und Sicherung eines hohen Qualitätsstandards unerlässlich. Daneben sind aber weitere Maßnahmen zu ergreifen: So muss auch die für den Arzt-Patienten-Kontakt dringend notwendige Kommunikation in deutscher Sprache sichergestellt werden. Schließlich gilt es aus Sicht der FDP auch dafür zu sorgen, dass stets ausreichend Ausbildungskapazitäten in Deutschland bestehen.</p>	<p>Einer europäischen Harmonisierung stehen wir positiv gegenüber. Europa muss unserer Meinung nach zusammenwachsen. Details können wir nicht benennen.</p>	<p>Als SPD unterstützen wir eine einheitliche Qualifikation auf europäischer Ebene. Bedingung ist aber, dass der hohe Standard der Ausbildung in Deutschland dabei nicht abgesenkt wird. Näheres haben wir dazu bisher nicht diskutiert. Gerne bieten wir uns dazu als Dialogpartner an.</p>	<p>Der SSW unterstützt einen einheitlichen Qualifikationsstandard des zahnärztlichen Berufs auf europäischer Ebene voll und ganz. Allerdings mit der klaren Einschränkung, dass Einheitlichkeit nicht eine Angleichung auf einem niedrigeren Niveau als dem bestehenden bedeuten darf. Das ist für uns bei dieser Frage absolut maßgeblich und nicht verhandelbar. Auch wenn wir als ausschließlich kommunal- und landespolitisch aktive Partei hier eher indirekte Möglichkeiten der Einflussnahme haben.</p>
<p>Wie stehen Sie zum Approbationsvorbehalt für die Erbringung zahnärztlicher Leistungen und zum Entwurf einer neuen Approbationsordnung für Zahnärzte?</p>	<p>Die zahnärztliche Approbation ist aus Grüner Sicht ein Garant für Fachkompetenz und Qualität. Die Approbationsordnung für ZahnärztInnen ist die Rechtsgrundlage des Studienganges Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde. Die derzeit gültige Version stammt aus dem Jahr 1955. Die Diskussion über eine Novellierung wird seit 10 Jahren geführt. Wir halten eine Novellierung für erforderlich.</p>	<p>Im Hinblick auf die Entwicklung des ärztlichen Angebotes im ländlichen Raum ist zu überlegen, inwieweit Delegation oder Substitution von medizinischen Leistungen auf nichtärztliches Personal für Entlastung sorgen kann. Dies muss gemeinsam mit allen Beteiligten diskutiert werden.</p>	<p>Die Neuordnung der Approbationsordnung ist überfällig. Praxisbezug und die Berücksichtigung der neuesten zahnmedizinischen Erkenntnisse sind dabei wichtige Eckpfeiler. Auch müssen aus Sicht der FDP die notwendigen Mittel für die Umsetzung bereitgestellt werden. Zahnmedizinische Leistungen können nur von approbierten Zahnärzten erbracht werden. Die Delegation von Einzelaufgaben an das Assistenzpersonal hat allein der Zahnarzt zu entscheiden und zu verantworten.</p>	<p>Ein Approbationsvorbehalt bekräftigt die berufsmäßige Behandlung und Erkennung von Krankheiten im Mund- und Kieferbereich sowie die dazugehörige Prophylaxe zum Schutz der Patienten von Schäden durch fehlerhafte Beratung und Behandlung durch entsprechend qualifiziert ausgebildete Ärztinnen und Ärzte. Zum Entwurf einer neuen Approbationsordnung für Zahnärzte können wir derzeit noch keine Stellung beziehen.</p>	<p>Die SPD Schleswig-Holstein steht weiterhin zum Approbationsvorbehalt für die Erbringung zahnärztlicher Leistungen. Das sichert die Qualität der medizinischen Versorgung. Wir begrüßen die Reform der Approbationsordnung. Die Zahnmedizin hat sich in den letzten 60 Jahren enorm weiterentwickelt. Seitdem gibt es neue Untersuchung- und Behandlungsmethoden. Gleichzeitig steht die Zahnmedizin vor neuen Herausforderungen bei der Versorgung der Patientinnen und Patienten. Eine neue Approbationsordnung steht für eine modernere Ausbildung der Zahnärzteschaft und damit auch für eine zeitgemäße und gute Versorgung der Patientinnen und Patienten. Die zahlreichen Stellungnahmen zum Referentenentwurf zeigen möglichen Nachbesserungsbedarf. Das muss jetzt auf Bundesebene sorgfältig ausgewertet und bearbeitet werden.</p>	<p>Aus unserer Sicht dient der Approbationsvorbehalt nicht zuletzt der Sicherstellung der Versorgungsqualität und damit den PatientInnen. Dennoch kann es sinnvoll sein – und ist mitunter durchaus im Interesse des Arztes bzw. der Ärztin selbst – Aufgaben zu delegieren. Wir halten den relativ engen Rahmen für die Arbeit von AssistentInnen und die Beschränkung auf die Aus- oder Weiterbildung und die Sicherstellung der vertragszahnärztlichen Versorgung für angemessen. Gerade der zweite Punkt bietet für uns im Flächenland Schleswig-Holstein durchaus Potential. Mit Blick auf die Novellierung der Approbationsordnung sind die für uns besonders relevanten Punkte erfüllt: Die praktische Ausbildung soll Gesichtspunkte zahnärztlicher Gesprächsführung sowie zahnärztlicher Qualitätssicherung beinhalten und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit anderen ZahnärztInnen und ÄrztInnen sowie Angehörigen anderer Gesundheitsberufe fördern. Dies bewerten wir positiv. Außerdem soll das Studium (weiterhin) grundlegende Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten in allen Fächern vermittelt, die für die zahnmedizinische Versorgung der Bevölkerung erforderlich sind. Damit ist nach unserer Einschätzung auch zukünftig die hohe Qualität der Ausbildung gesichert.</p>

<p>Wie beurteilen Sie die Tendenz zur zunehmenden Akademisierung der bisherigen Ausbildungsberufe im Gesundheitswesen?</p>	<p>Eine Akademisierung von Gesundheits-Pflegeberufen halten wir für sinnvoll. Darüber hinaus gibt es deutlichen Zuwachs an Wissen durch Forschung im Gesundheits- und Pflegebereich, der in den Ausbildungsgängen abgebildet werden muss. Wir sehen neue, akademische Berufe in diesem Bereich als Erweiterung des Berufsspektrums. Sie dürfen nicht dazu führen, dass ein Zugang in entsprechende Ausbildungen ausschließlich über das Abitur möglich ist.</p>	<p>Unserer Ansicht nach müssen wir die Ausbildungsberufe im Gesundheitswesen deutlich attraktiver gestalten. Dies gilt vor allem für die Pflege am Menschen. Zur Attraktivitätssteigerung gehört aber auch, jungen Menschen eine berufliche Perspektive zu bieten. Dies kann unter anderem auch durch eine Teilakademisierung im Gesundheitswesen erreicht werden. Eine vollständige Akademisierung von Gesundheitsberufen halten wir jedoch nicht für notwendig.</p>	<p>Deutschland hat ein gutes Ausbildungssystem auf hohem Niveau, das sich grundsätzlich bewährt hat. Eine Akademisierung der Ausbildung, die dazu führen würde, dass der Zugang zu vielen bisherigen Ausbildungsberufen nur auf Abiturientinnen und Abiturienten beschränkt wird, wollen wir nicht. Vielmehr ist Ziel der FDP, – wie etwa im Bereich der Pflegeberufe – auf jeweils aufeinander aufbauende Ausbildungsmodule zu setzen, die bis zu einem akademischen Abschluss führen können – aber nicht müssen.</p>	<p>In Teilbereichen ist dies sinnvoll, da die Forschung und Lehre in diesen Bereichen dadurch verbessert werden kann. Eine generelle Akademisierung erscheint nicht sinnvoll.</p>	<p>Als SPD Schleswig-Holstein begrüßen wir diese Entwicklung. Beispielsweise wird durch den eingerichteten dualen Pflegestudiengang der Pflegeberuf aufgewertet und attraktiver gestaltet. Mit dem Studiengang sichern wir die Qualität in der Pflege und das Angebot an Fachkräften gleichermaßen. Auf Basis dieser guten Erfahrungen ist aktuell ein ausbildungsintegrierender Studiengang im Bereich „Hebammenwissenschaften“ in Vorbereitung. Von der Akademisierung erhoffen wir uns den Eingang neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Ausbildungs- und Berufspraxis sowie eine generelle Anhebung des Berufsniveaus. Zudem kann dadurch eine Angleichung der Qualifikationsniveaus auf europäischer Ebene erreicht werden. Dabei soll die akademische die berufliche Ausbildung nicht vollständig ersetzen. Vielmehr soll eine stärkere Durchlässigkeit und Verzahnung zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung erreicht werden.</p>	<p>Der Aspekt der zunehmenden Akademisierung bisheriger Ausbildungsberufe hat uns insbesondere im Pflegebereich verstärkt beschäftigt. Tatsache ist, dass die Dynamik und die Anforderungen hier, wie im zahnärztlichen Bereich auch, zunehmen. Das hat nicht nur für den Bereich der Weiterbildung Konsequenzen, sondern auch Auswirkungen auf die Ausbildung selbst. Dem SSW ist eine Gesundheitsversorgung auf höchstmöglichem Niveau wichtig. Daher muss auch die Aus- und Weiterbildung entsprechend weiterentwickelt und modernisiert werden. Als Teilaspekt dieser regelmäßigen Überarbeitung und zum Zwecke der Qualitätssicherung halten wir es für wichtig, die Möglichkeiten eines Studiums auszuweiten. Dies bedeutet allerdings ausdrücklich nicht, dass über kurz oder lang alle im Gesundheitswesen Tätigen einen akademischen Hintergrund haben sollen.</p>
---	---	---	--	---	--	---